

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 4. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Hauptausschusses am 18.11.2009**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 16:04 Uhr bis 17:58 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend sind:**

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados		
Herr Harald Bartl	parteilos	
Herr Raik Müller	CDU	in Vertretung für Frau Dr. Bergner
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	in Vertretung für Herrn Bönisch
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	in Vertretung für Herrn Lange
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	in Vertretung für Herrn Krause zu TOP 6.1
Herr Gerry Kley	FDP	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	anwesend bis 17:48 Uhr
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Dr. Thomas Pohlack	Bürgermeister	
Herr Egbert Geier	BG	
Herr Dr. Bernd Wiegand	BG	
Herr Tobias Kogge	BG	
Herr Wolfram Neumann	BG	

### **Entschuldigt fehlen:**

Frau Dr. Annegret Bergner	CDU
Herr Bernhard Bönisch	CDU
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.

### **Gast zu TOP 6.1:**

Herr Prof. Sackmann	MLU
---------------------	-----

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

Die 4. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** eröffnet und geleitet.

Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat darum, folgende Tagesordnungspunkte aufgrund gleicher Voten in den Fachausschüssen von der Tagesordnung abzusetzen:

- TOP 5.2 Jahresabschluss 2008 für den EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement Halle (Saale)  
Vorlage: V/2009/08286
- TOP 5.3 Jahresabschluss 2008 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)  
Vorlage: V/2009/08356
- TOP 5.4 Wirtschaftsplan 2010 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)  
Vorlage: V/2009/08358
- TOP 5.5 1. Satzung zur Änderung der "Abfallgebührensatzung der Stadt Halle vom 28.01.2009"  
Vorlage: V/2009/08192
- TOP 5.8 Baubeschluss - Neubau Metallatelier/Kostümschneiderei der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle  
Vorlage: V/2009/08366
- TOP 5.9 Baubeschluss zum Ausbau der Mansfelder Straße und des Hallorenringes zwischen Hackebornstraße und Schieferbrücke/Komplexmaßnahme Stadt Halle (Saale)/HAVAG  
Vorlage: V/2009/08307
- TOP 5.10 Baubeschluss zur Ertüchtigung der Überbauung über der Gerbersaale sowie der Klausbrücke  
Vorlage: V/2009/08305

Weiterhin gab **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bekannt, dass den Mitgliedern des Hauptausschusses zum TOP Mitteilungen eine Übersicht zum Stand Umsetzung Konjunkturpaket II sowie eine Information zur Gestaltung der städtischen Briefköpfe vorliege.

Weitere Änderungen und Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung:                    einstimmig zugestimmt**

**Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.10.2009
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1 Jahresrechnung 2008 und Entlastung der Oberbürgermeisterin  
Vorlage: V/2009/08275
- 5.2 *Jahresabschluss 2008 für den Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement Halle (Saale)*  
Vorlage: V/2009/08286 *abgesetzt*
- 5.3 *Jahresabschluss 2008 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)*  
Vorlage: V/2009/08356 *abgesetzt*
- 5.4 *Wirtschaftsplan 2010 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)*  
Vorlage: V/2009/08358 *abgesetzt*
- 5.5 *1. Satzung zur Änderung der "Abfallgebührensatzung der Stadt Halle vom 28.01.2009"*  
Vorlage: V/2009/08192 *abgesetzt*
- 5.6 Erste Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2009/08360
- 5.7 Erste Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung für den Stadtgottesacker der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2009/08362
- 5.8 *Baubeschluss - Neubau Metallatelier/Kostümschneiderei der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle*  
Vorlage: V/2009/08366 *abgesetzt*
- 5.9 *Baubeschluss zum Ausbau der Mansfelder Straße und des Hallorenringes zwischen Hackebornstraße und Schieferbrücke/Komplexmaßnahme Stadt Halle (Saale)/HAVAG*  
Vorlage: V/2009/08307 *abgesetzt*

- 5.10 *Baubeschluss zur Ertüchtigung der Überbauung über der Gerbersaale sowie der Klausbrücke*  
Vorlage: V/2009/08305 *abgesetzt*
- 5.11 Mitwirkung der Stadt Halle (Saale) bei der Wahl der ehrenamtlichen Richter für das Verwaltungsgericht Halle für die Amtsperiode vom 01. Februar 2010 bis 31. Januar 2015  
Vorlage: V/2009/08375
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu den Bürgerumfragen der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2009/08381
- 6.1.1 *Änderungsantrag des Stadtrates Dietmar Wehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu den Bürgerumfragen der Stadt Halle (Saale) (Vorlage V/2009/08381)*  
Vorlage: V/2009/08466 *während der Sitzung gestellt*
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1 Stand Umsetzung Konjunkturprogramm II
- 8.2 Mitteilung zur Gestaltung der städtischen Briefköpfe
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.10.2009**

---

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der 3. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 21.10.2009.

**Die Mitglieder des Hauptausschusses genehmigten ohne förmliche Abstimmung die Niederschrift der 3. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 21.10.2009 in der vorliegenden Fassung.**

### **zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

Es lagen keine nicht öffentlich gefassten Beschlüsse vor.

## zu 5      **Beschlussvorlagen**

### zu 5.1      **Jahresrechnung 2008 und Entlastung der Oberbürgermeisterin** **Vorlage: V/2009/08275**

---

Aufgrund der Zurückverweisung der Vorlage in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtischeeteiligungsverwaltung und Liegenschaften in den Rechnungsprüfungsausschuss entstand eine Diskussion zwischen den **Mitgliedern des Hauptausschusses** und der **Verwaltung** über die weitere Verfahrensweise mit der Beschlussvorlage.

Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen, städtischeeteiligungsverwaltung und Liegenschaften hatten über die Vorlage nicht abgestimmt, da die offenen Fragen aus dem Rechnungsprüfungsausschuss von der Verwaltung teilweise nicht zufriedenstellend beantwortet wurden.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, stellte fest, dass der Ausschuss für Finanzen, städtischeeteiligungsverwaltung und Liegenschaften die Vorlage nicht in den Rechnungsprüfungsausschuss zurückverweisen könne, da dieser bereits einen Beschluss gefasst habe und die nachgeforderten Unterlagen den Fraktionen am 13.11.2009 vorlagen.

Im Ergebnis der Diskussion haben sich die **Mitglieder des Hauptausschusses** und die **Verwaltung** darauf verständigt, die Vorlage sowohl in der heutigen Hauptausschusssitzung als auch in der Stadtratssitzung am 25.11.09 zurückzustellen und in der Dezembersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtischeeteiligungsverwaltung und Liegenschaften erneut zu beraten und darüber zu entscheiden. Danach erfolge die Beratung im Hauptausschuss und im Stadtrat.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, regte für die erneute Diskussion im Dezember an, dass die Oberbürgermeisterin an der Beratung zu diesem TOP entsprechend der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt nicht teilnehmen sollte.

Daraufhin entgegnete **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass sie nur an der Abstimmung nicht teilnehmen könne.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

#### **Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat beschließt:*

1.  
*Die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2008 wird gemäß § 108 Abs. 3 Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt beschlossen.*

2.  
*Der Oberbürgermeisterin wird für das Haushaltsjahr 2008 gemäß § 108 Abs. 3 Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt Entlastung erteilt.*

#### **Abstimmungsergebnis:**

**zurückgestellt**

**zu 5.6 Erste Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale)**  
**Vorlage: V/2009/08360**

---

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** erklärte die Änderungen in der Friedhofssatzung zum TOP 5.6 und 5.7. Hierbei handele es sich lediglich um eine Anfügung, die die Bedingungen eines auswärtigen Anbieters für Arbeiten auf dem Friedhof regeln. Dies ergebe sich aus der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie. Alle anderen Regelungen der Friedhofssatzung bleiben davon vollständig unberührt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat um Abstimmung der Vorlage.

**Beschlussvorschlag:**

*Aufgrund der Richtlinie 2006/123/EG des europäischen Parlaments und des Rates der Europäischen Union vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt sowie § 6 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 05. Oktober 1993 (GVBl. LSA S. 568) in der Fassung vom 10.08.2009 (GVBl. LSA S. 683) wird die erste Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung beschlossen:*

- 1) *§ 7 der Friedhofssatzung wird um einen Absatz 11 ergänzt:  
„Abweichend zu § 7 Abs. 1-3 der Friedhofssatzung wird für Gewerbetreibende mit Niederlassung in einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, die im Inland nur vorübergehend tätig sind, Folgendes geregelt: Die Aufnahme der Tätigkeit ist vor Beginn auf dem jeweiligen Friedhof anzuzeigen. Arbeiten auf dem Friedhof dürfen nur von Gewerbetreibenden erbracht werden, deren Gewerbe oder Beruf Leistungen beinhaltet, die im Friedhofswesen erforderlich sind (z. B. Bildhauer, Steinmetze, Gärtner, Bestatter).  
Die Gewerbetreibenden haben für die hier tätig werdenden Mitarbeiter eine Berechtigungskarte beim Grünflächenamt der Stadt Halle (Saale) zu beantragen. Diese ist dem Friedhofspersonal auf Verlangen vorzuweisen.  
Im Übrigen gelten die Bestimmungen der Friedhofssatzung.“*
- 2) *Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntgabe im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale) in Kraft.*

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

**zu 5.7 Erste Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung für den Stadtgottesacker der Stadt Halle (Saale)**  
**Vorlage: V/2009/08362**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Beschlussvorschlag:**

*Aufgrund der Richtlinie 2006/123/EG des europäischen Parlaments und des Rates der Europäischen Union vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt sowie § 6 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 05. Oktober 1993 (GVBl. LSA S. 568) in der Fassung vom 10.08.2009 (GVBl. LSA S. 683) wird die erste Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung für den Stadtgottesacker der Stadt Halle (Saale) beschlossen:*

- 1) *§ 6 der Friedhofssatzung wird um einen Absatz 8 ergänzt:  
„Abweichend zu § 6 Abs. 1- 3 der Friedhofssatzung wird für Gewerbetreibende mit Niederlassung in einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, die im Inland nur vorübergehend tätig sind folgendes geregelt:  
Die Aufnahme der Tätigkeit ist vor Beginn in der Verwaltung des Nordfriedhofes anzuzeigen. Arbeiten auf dem Friedhof dürfen nur von Gewerbetreibenden erbracht werden, deren Gewerbe oder Beruf Leistungen beinhalten, die im Friedhofswesen erforderlich sind (z. B. Bildhauer, Steinmetze, Gärtner, Bestatter).  
Die Gewerbetreibenden haben für die hier tätig werdenden Mitarbeiter eine Berechtigungskarte beim Grünflächenamt der Stadt Halle (Saale) zu beantragen. Diese ist dem Friedhofspersonal auf Verlangen vorzuweisen.  
Im Übrigen gelten die Bestimmungen der Friedhofssatzung.“*
- 2) *Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntgabe im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale) in Kraft.*

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

**zu 5.11 Mitwirkung der Stadt Halle (Saale) bei der Wahl der ehrenamtlichen Richter für das Verwaltungsgericht Halle für die Amtsperiode vom 01. Februar 2010 bis 31. Januar 2015**  
**Vorlage: V/2009/08375**

---

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.,** fragte, ob die Verwaltung die vorgeschlagenen Personen zur Wahl der ehrenamtlichen Richter überprüft habe, wie z. B. auf Angehörigkeit einer bestimmten Szene.

**Herr Willecke, Amtsleiter Rechtsamt,** teilte mit, dass man sich entsprechend der Möglichkeiten u. a. über das Verwaltungsgericht zu den vorgeschlagenen Personen erkundigt habe. Im Ergebnis dessen gab es keine Beanstandungen.



Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat um Abstimmung der Vorlage.

**Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat schlägt dem Wahlausschuss des Verwaltungsgerichts Halle die als Anlage beigefügte Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richter vor.*

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

**zu 6.1 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu den Bürgerumfragen der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2009/08381**

**zu 6.1.1 Änderungsantrag des Stadtrates Dietmar Wehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu den Bürgerumfragen der Stadt Halle (Saale) (Vorlage V/2009/08381)  
Vorlage: V/2009/08466**

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** gab bekannt, dass Herr Prof. Sackmann entsprechend des Beschlussvorschlages des Antrages bereits zur heutigen Sitzung eingeladen wurde. Somit sei Beschlusspunkt 1 erledigt und es müsste lediglich über den Beschlusspunkt 2 abgestimmt werden.

**Frau Ewert, SPD-Fraktion**, bedankte sich bei der Verwaltung, dass Herr Prof. Sackmann bereits zur heutigen Sitzung eingeladen wurde und erläuterte anhand der Fragen auf Seite 5 und 15 der Bürgerumfrage nochmals die Gründe für die Einbringung des Antrages ihrer Fraktion. In dieser Bürgerumfrage werden in einem Themenkomplex Fragen zu Ausländern, Gewalt, Kriminalität, Müll und Schmutz gestellt. Konkret ginge es hierbei um Dinge, die im Wohnumfeld als störend empfunden werden. Diese Vermischung sei äußerst unsensibel.

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, stimmte den Ausführungen von Frau Ewert zu. Darüber hinaus machte er deutlich, dass bei dieser gewählten Befragungstechnik seines Erachtens die Ergebnisse nicht auszuwerten seien. Infolge dessen stellte er folgenden Änderungsantrag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ergänzt:

Folgende Punkte der Bürgerumfrage sind für das Jahr 2009 nicht auszuwerten:

1. Seite 5 der Umfrage (Frage 14)
  - Drogenabhängige
  - Betrunkene in der Öffentlichkeit
  - Ausländer

2. Seite 15 der Umfrage (Frage 48)  
- Einwanderung von Ausländern

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat Herrn Prof. Sackmann um Erläuterung und Darstellung der Hintergründe, die zur Auswahl des Fragenkatalogs für die Bürgerumfrage geführt haben.

**Herr Prof. Sackmann, Institut für Soziologie an der Martin-Luther-Universität**, machte eingangs allgemeine Ausführungen zur Bürgerumfrage. Danach stellte er die Hintergründe einer solchen Bürgerumfrage dar und erklärte die Themenschwerpunkte für die Auswahl des Fragenkatalogs.

In der anschließenden Diskussion bezog man sich auf die Fragen auf Seite 5 und 15 der Bürgerumfrage. **Frau Oberbürgermeisterin Szabados, Frau Ewert, SPD-Fraktion, Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, Herr Müller, CDU-Fraktion, sowie Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, brachten zum Ausdruck, dass diese Fragestellungen diskriminierend und menschenverachtend seien. Man könne Drogenabhängige und Ausländer nicht in einem Zusammenhang mit Hundekot und Schmutz nennen.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, und Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion**, machten hingegen deutlich, dass sie die Unterstellung einer Diskriminierung aus wissenschaftlicher Sicht nicht nachvollziehen können. Ziel der Wissenschaft sei lediglich, belastbare Ergebnisse zu erzielen. Darüber hinaus wäre man nicht berechtigt, das Methodinventar der Soziologie zu beurteilen.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, erklärte, dass Wissenschaft und Politik hin und wieder unterschiedliche Sichtweisen in der Auslegung von Dingen haben. Aufgrund dessen war es seines Erachtens wichtig, Herrn Prof. Sackmann gehört zu haben. Zukünftig sollte über derartige Befragungen im Vorfeld im Hauptausschuss beraten werden, um eine Fragestellung wählen zu können, die eine ordnungsgemäße Auswertung ermöglicht.

Im Ergebnis der Diskussion gab **Herr Prof. Sackmann** bekannt, dass er auf eine Veröffentlichung der Auswertung der gesamten Frage 14 verzichten werde.

Daraufhin zog **Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, seinen Änderungsantrag zurück.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat um Abstimmung des Antrages der SPD-Fraktion.

zu 6.1.1 **Änderungsantrag des Stadtrates Dietmar Wehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu den Bürgerumfragen der Stadt Halle (Saale) (Vorlage: V/2009/08381)  
Vorlage: V/2009/08466**

**Beschlussvorschlag:**

*Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ergänzt:*

*Folgende Punkte der Bürgerumfrage sind für das Jahr 2009 nicht auszuwerten:*

1. Seite 5 der Umfrage (Frage 14)
  - Drogenabhängige
  - Betrunkene in der Öffentlichkeit
  - Ausländer
  
2. Seite 15 der Umfrage (Frage 48)
  - Einwanderung von Ausländern

**Abstimmungsergebnis:** zurückgezogen

**zu 6.1 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu den Bürgerumfragen der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2009/08381**

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschluss (in modifizierter Form):**

**Der Fragebogen der Bürgerumfrage 2011 sowie die folgenden Bürgerumfragen werden jeweils vor der Umfrage dem Hauptausschuss zur Kenntnis gegeben.**

---

**Anmerkungen:**

Beschlusspunkt 1: „Zur Information über die Bürgerumfrage 2009 wird Herr Prof. Dr. Sackmann in die nächste Sitzung des Hauptausschusses eingeladen.“ wurde als erledigt erklärt.

Herr Prof. Sackmann gab bekannt, dass er auf eine Veröffentlichung der Auswertung der gesamten Frage 14 (Seite 5 der Umfrage) verzichten werde.

**zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

**zu 8 Mitteilungen**

**zu 8.1 Stand Umsetzung Konjunkturprogramm II**

---

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, fragte, ob es gegenüber der letzten Übersicht Veränderungen gegeben habe.

Daraufhin sagte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** zu, Änderungen zukünftig deutlich zu machen.

---

**Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.**

## zu 8.2 Mitteilung zur Gestaltung der städtischen Briefköpfe

---

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit**, erklärte, dass man sich nach intensiver Diskussion in den beiden Arbeitsgruppensitzungen, in denen die Fraktionen vertreten waren, auf die jetzt vorliegende Variante festgelegt habe. Weiterhin habe man sich in der Arbeitsgruppensitzung darauf verständigt, dass hierzu kein Stadtratsbeschluss notwendig wäre, sondern eine Mitteilung ausreichend sei.

Bis März 2010 soll die Umstellung der elektronischen Dokumente und die Ablösung der alten Materialien erfolgt sein. Hinsichtlich der Verwendung von Briefpapier zu speziellen Anlässen teilte **Herr Beigeordneter Neumann** mit, dass hier keine Änderungen vorgenommen werden. Für diese Anlässe werde weiterhin das bisherige Siegel verwendet.

Darüber hinaus sei eine Nutzung durch Dritte unkompliziert möglich. Nach Antragstellung bei der Stadtmarketing GmbH können Dritte die Stadtmarke verwenden, wie z. B. durch die Martin-Luther-Universität bereits praktiziert.

Der Stadtrat werde in seiner Sitzung am 25.11.09 ebenfalls über die Gestaltung der städtischen Briefköpfe informiert. Danach könne die Verwaltung das Gestaltungsmanual abschließen und die entsprechende Umsetzung schrittweise einführen.

---

**Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.**

### weitere Mitteilungen:

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** teilte mit, dass die 7. Änderung des Planfeststellungsbeschlusses vom 04.11.2004 für das Vorhaben „Ausbau des Verkehrsflughafens Leipzig/Halle, Start- und Landebahn Süd“ auf Ersuchen der Stadtverwaltung Halle vom 02. bis einschließlich 15.12.2009 im Technischen Rathaus, Hansering 15, Zimmer 134/146 öffentlich ausgelegt werde. Die Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung erfolge im nächsten Amtsblatt. Die Fraktionen werden ebenfalls nochmals darüber informiert.

## zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

**Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE.**, fragte, ob Vereine und Träger analog der letzten Jahre erneut obligatorische Kündigungen ihrer Verträge erhalten haben.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, entgegnete, dass einerseits Kündigungen aufgrund reduzierter Ausschreibungen entstehen und andererseits obligatorische Kündigungen vorgenommen werden mussten, da die Zahlung von Zuschüssen Ende des Jahres auslaufen. Hierfür müsse mit dem Haushaltsplan für das Jahr 2010 eine erneute Bezuschussung beschlossen werden.

**Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE.**, bezog sich auf die Grabungsstätte in der Silberhöhe. Ihren Informationen zufolge sei diese aufgrund von Müll erneut in einem desolaten Zustand. Sie bat die Verwaltung, hier Abhilfe zu schaffen und fragte in dem Zusammenhang, ob die Wohnungsgenossenschaft Frohe Zukunft für die Grabungsstätte zuständig sei.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** erklärte, dass die Grabungsstätte der Wohnungsgenossenschaft Frohe Zukunft übergeben wurde. Sie bat Herrn Bürgermeister Dr. Pohlack um Klärung des Sachverhaltes zur Reinigung der Grabungsstätte mit der Wohnungsgenossenschaft.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** fügte hinzu, dass es diesbezüglich eine Vereinbarung mit der Wohnungsgenossenschaft gebe.

**Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte nach der weiteren Verfahrensweise zum Haushaltsplan 2010.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** antwortete, dass man entsprechend einer Information durch das Innenministerium einen Anhaltspunkt bezüglich der FAG-Zahlung für die Stadt Halle im kommenden Jahr habe. Um in den nächsten Jahren eine aufgabenorientierte FAG-Zahlung an die Kommunen zu erreichen, werden die kreisfreien Städte ca. 33 Mio. € zusätzlich erhalten. Für die Stadt Halle bedeute dies eine zusätzliche FAG-Zahlung in Höhe von ca. 20 Mio. €.

Diese Information sei allerdings noch nicht verbindlich. Aufgrund dessen könne keine endgültige Aufstellung des Haushaltes erfolgen. Allerdings werde die Verwaltung die Eckpunkte des Haushaltes für das Jahr 2010 zusammenstellen und dem Stadtrat in seiner Sitzung im Dezember vorlegen.

Es gab keine weiteren Anfragen.

## **zu 10     Anregungen**

---

Es gab keine Anregungen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** beendete die 4. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

---

Dagmar Szabados  
Oberbürgermeisterin

---

Kerstin Godenrath  
stellv. Protokollführerin